Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 322. Sonnabend den 18. November 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 19. November, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Grundstücks-Versteigerung.

Die beiden der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen **Parzellen des Flurbuchs für Gohlis:**

Nr. 53, an der **Albertstraße** gelegen, von **2865 Quadratmeter** und

Nr. 170, der an der **Ecke** der **Augusten-** und **Albertstraße** gelegene **Bauplatz** von **891 Quadratmeter** Flächengehalt, sollen

Freitag, den 1. December d. J., Vormittags 11 Uhr

im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, **zum Verkaufe versteigert** werden und zwar **zuerst** beide Parzellen **zusammen, dann noch einmal** jede Parzele **einzeln für sich.**

Der Versteigerungstermin wird pünctlich zur anberaumten Stunde eröffnet und die Versteigerung sowohl bezüglich der zusammen als der einzeln ausgebotenen Parzellen jedesmal geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen nebst Situationsplan liegen auf dem Rathhaussaal, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig den 10. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gerutti.

Sitzung des ärztlichen Bezirks-Vereins der Stadt Leipzig

Montag, den 21. November, Abends 6 Uhr, im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: 1) Ueber die in der neuen Bearbeitung der Pharmacopoe vorgenommenen wichtigen Veränderungen (Hr. Hofr. Prof. Dr. Winter). — 2) Ueber Samariter-Sein (Ref. Dr. Tillmanns, Doc.).

Dr. Ploss.

Bekanntmachung.

Beider Kaution des 2. Bataillons 6. Inf.-Regmts. Nr. 107 sollen Lieferungen der nachverzeichneten Artikel vergeben werden. Die Bedingungen, unter denen diese Lieferungen zu leisten, sind im Stadet. 159, Flügel B der Pleißenburg-Kaserne, von 10—11 Uhr früh u. 2—3 Uhr Nachmittags einzusehen. Offerten sind unter Adressos Bataillons bis 20. dss. Mts. einzusenden.

Sind zu liefern: Bäckerwaaren, Fleischerwaaren, Butter, Käse, Bier, Knaps, Materialwaaren, Cigarren, Rauch- und Schnupftabak, Militairreinigungsmaterialien.

Ueber den Termin der Prüfung der offerirten Waaren wird spätere Mittheilung erfolgen.

Förster,
Major und Bataillons-Commandeur.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen, gewesenen Buchbinder, Kaufmann, zuletzt Restaurateur **Friedrich (Fritz) Schild** gen. **Lorpke** aus **Quedlinburg,** zuletzt hier wohnhaft, welcher sich verborgen hält, ist Untersuchungshaft wegen Betrugs verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das hiesige Gefängniß abzuliefern.

Bernburg, den 10. November 1882.

Herzogliche Anhaltische Staatsanwaltschaft.
Schiele.

Beschreibung: Alter: geb. 3. Januar 1858; **Größe:** 1 m 60 c.; Statur: kräftig; Haare: blond; Stirn: frei; Bart: blond Schnurr- und Kinnbart; Augenbrauen: blond; Augen: grau; Nase: gewöhnlich; Mund: gewöhnlich; Zähne: gut; Kinn behaart; Gesicht: rund; Gesichtsfarbe: gesund; Sprache: deutsch; besondere Kennzeichen: Narbe an der rechten Wade.

Nichtamtlicher Theil.

Zur kirchenpolitischen Frage.

Die preußische Thronrede hat des Verhältnisses des Staates zur katholisch-katholischen Kirche gedacht und demselben einen allgemein sehr bemerkten Abschnitt gewidmet. Der Kaiser sagt: „Ich hege die Hoffnung, daß die versöhnliche Gesinnung, welche Meine Regierung zu bethätigen nicht aufhören wird, auch ferner günstigen Einfluß auf die Gestaltung unserer kirchenpolitischen Verhältnisse üben werde.“ In diesen Worten scheint Mehreres enthalten zu sein, daß die römische Curie nun endlich dasjenige Entgegenkommen beweisen möge, welches zur Herbeiführung eines erträglichen modus vivendi zwischen den beiden Gewalten nothwendig ist.

Leo XIII. hat bekanntlich alsbald nach seiner Thronbesteigung Schritte gethan, um durch Vermittelung des belgischen Episkopats eine friedliche Vereinbarung mit der preußischen Staatsregierung anzubahnen. Diese ist auf den gemachten Vorschlag bereitwillig eingegangen, aber die Früchte der langwierigen Verhandlungen zwischen dem Vatican und Berlin sind bisher hinter den gehegten Erwartungen weit zurückgeblieben. Alles, was erreicht worden ist, beschränkt sich auf die Besetzung der erledigten Bischofssitze in Trier, Fulda und Breslau, im Uebrigen aber hat die römische Curie auch nicht als geringste Zugeständniß gemacht; ja nicht einmal die Anzeigepflicht für die vom Bischof vorgenommenen Ernennungen von Geistlichen ist anerkannt worden. Man würde vielleicht die Regelung dieser Angelegenheit der Zeit überlassen können, wenn die Curie nur wenigstens nicht angriffsweise vorführe, aber selbst davon hat sie nicht Abstand genommen, wie das Vorgehen des Fürstbischofs von Breslau in der Mischehen- und Staatspfarrer-Angelegenheit zeigt. Die Mischehenfrage ist nur so weit gezogen, daß das sogenannte „indultum quadragesimale“ auf die ganze Diöcese Breslau ausgedehnt worden ist, dagegen ist es den katholischen Geistlichen nach wie vor untersagt, eine Ehe kirchlich einzusegnen, welche bereits von einem protestantischen Geistlichen die kirchliche Weihe erhielt oder welche nach der Absicht der die Ehe schließenden Personen diese Weihe noch erhalten soll. In Betreff der Staatspfarrer liegt nur ein bischöflicher Erlaß vor, welcher die nicht vom Bischof ernannten Pfarrer auffordert, ihr Amt niederzulegen, ohne daß die Rückkehr zu einer milderen Auffassung der bestehenden Verhältnisse seitens des Fürstbischofs von Breslau bekannt geworden wäre.

Die Staatsregierung hat beide Maßnahmen des katholischen Kirchenfürsten mittelbar erwidert. Einerseits hat sie den Gerichtshof für Kirchenangelegenheiten durch Ernennung des Senatspräsidenten Henschke zum Mitgliede desselben in den Stand gesetzt, seine seit geraumer Zeit ruhende Thätigkeit wieder aufzunehmen, und andererseits liegt eine bisher nicht dementirte officiöse Mittheilung vor, nach welcher diejenigen katholischen Geistlichen, die von Brautleuten verschiedener Confession das Versprechen fordern, die aus der Ehe stammenden Kinder im katholischen Glauben erziehen zu lassen, von der Schulaufsicht auszuschließen sind.

Durch diese beiden Maßregeln werden die beiden in der Breslauer Diöcese geschehenen Herausforderungen in ihre Schranken zurückgewiesen, denn die Staatspfarrer, welche in der Ausübung ihrer amtlichen Functionen gehindert werden, finden die zu ihrem Schutze erforderliche Beschwerde-Instanz, und der Intoleranz der katholischen Geistlichen gegen protestantische Ehegatten wird die entsprechende Zurückweisung zu Theil.

Aus dieser Sachlage ist ersichtlich, daß trotz der freundlichen Beziehungen der preußischen Staatsregierung zu dem Oberhaupte der katholischen Kirche, welche in der Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs ihren sichtbaren Ausdruck gefunden haben, die Verhältnisse zwischen den beiden Gewalten noch sehr der Verbesserung bedürftig sind, und es erscheint wenigstens zweifelhaft, ob die in der Thronrede ausgesprochene Hoffnung sich in absehbarer Zeit erfüllen wird.

Der Papst mag persönlich die besten und versöhnlichsten Absichten hegen, aber die Ueberlieferungen der römischen Kirche, welchen Leo XIII. ebenso unterthan ist, wie sein Vorgänger Pius IX., machen es ihm unmöglich, seinem Willen auch die That folgen zu lassen. Die preußische Staatsregierung hat es deshalb nicht sowohl mit Leo XIII. als mit der nach ganz bestimmten Grundsätzen gehandhabten päpstlichen Gewalt zu thun, und diese wird nicht durch Leo XIII., sondern durch das Cardinals-Collegium und die innerhalb desselben herrschende Jesuitenpartei ausgeübt. Herr v. Schlözer hat es längst erkannt, daß seine gesammte Thätigkeit im Vatican eine Sisyphusarbeit ist, denn was er beim Papst persönlich erreicht hat, wird durch die Deutschland feindlich gesinnten Jesuiten sofort wieder unwirksam gemacht. Nur diese Sachlage erklärt es, daß die Geduld auf preußischer Seite nicht abreißt; man will dem persönlich wohlwollenden Papst nicht entgelten lassen, was die Schwierigkeit seiner Stellung bedingt. Natürlich reicht aber der gute Wille des Papstes zur Beseitigung der vorhandenen Schwierigkeiten nicht aus und zur Ergänzung des Fehlenden muß dann die Staatsgewalt aus eigener Initiative ihre Machtvollkommenheit wirken lassen. In einem ähnlichen Falle befindet sich die Staatsregierung dem Fürstbischof von Breslau gegenüber. Auch von diesem Oberhirten ist bekannt, daß er persönlich von den freundlichsten und versöhnlichsten Absichten beseelt ist; aber die mächtige Congregation, welche die gesammte katholische Kirche beherrscht, läßt diesen Willen nicht zur That werden, sondern übt einen unwiderstehlichen Druck auf den Träger der kirchlichen Gewalt aus, so zu handeln, wie es von dieser Stelle aus gewünscht und befohlen wird.

Ein mächtiger Bundesgenosse dieser Congregation in ihrem Kampfe gegen die preußische Staatsgewalt ist das Centrum im deutschen Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause. Die Führer dieser Partei sind, wie schon oft richtig bemerkt worden ist, päpstlicher als der Papst und sorgen dafür, daß nicht nur dieser mit Zugeständnissen kargt, sondern daß auch die preußischen Bischöfe der extremsten Richtung innerhalb der katholischen Kirche ihre Dienste weihen. Nun ist freilich auch die Macht dieser Partei durch den Willen der Staatsregierung begrenzt. Die so hartnäckig vom Centrum beanspruchte Aufhebung der Maigesetze wird bei dieser feindseligen Haltung gewiß nicht erfolgen und die Anträge auf Gestattung des Sacrament-Spendens und Messelesens in den von Pfarrern entblößten Orten katholischer Confession werden so lange Anträge bleiben, als nicht eine wirkliche Gegenleistung von dieser Seite geschehen ist. Das Bündniß zwischen Conservativen und Centrum ist immer nur als Mittel zum Zweck angesehen worden, dem eine aufrichtige Bundesgenossenschaft hat die Regierung von dieser Seite niemals erwarten können. Jetzt besteht die Möglichkeit, dieses Bündniß zu lösen, vorausgesetzt, daß die preußische Staatsregierung wieder in solche Bahnen einlenkt, auf welche ihr die Liberalen folgen können. Die „Germania“ bringt die Mittheilung, daß im vergangenen Sommer eine Zusammenkunft zwischen Fürst Bismarck und Herrn von Bennigsen in Barzin stattgefunden hat. Es ist das durchaus nicht unwahrscheinlich und scheint in der Annäherung, welche jetzt von der Regierung an die Nationalliberalen versucht wird, ihre Bestätigung zu finden; aber wenn das alte Bündniß wieder erneuert werden soll, dann müßte gerade in kirchenpolitischer Beziehung zuvor Manches anders werden. Die Umwandlung von Simultanschulen in confessionelle Schulen, wie sie neuerdings in Crefeld und in Frankfurt a. M. theils ausgeführt, theils in Aussicht gestellt ist, paßt in das liberale Programm nicht, und wenn wir es auch mit Dank anerkennen, wenn Herr v. Goßler die Frage der Abschaffung des Nachmittagsunterrichts in den Schulen in Erwägung zieht, so bliebe doch vor Allem die Regelung der Simultanschulfrage im liberalen Sinne eine unerläßliche Forderung, wenn die nationalliberale Partei mit der gegenwärtigen Regierung Hand in Hand gehen sollte.

Leipzig, 18. November 1882.

* Aus Berlin wird uns vom Donnerstag geschrieben: „Der gestrige Artikel der „Prov.-Correspondenz“ wurde heute in Abgeordnetenkreisen lebhaft besprochen, zumal sonst nichts Neues vorlag und die Herren, welche sich zahlreich eingefunden hatten, nach Abgabe ihrer Stimmen meist im Foyer sich ergingen oder im Restaurant sich erquickten. Die Stimmung war zwar im Ganzen animirt, aber immerhin auch etwas gedrückt. „Der Tabak muß mehr blühen“, an dieses Wort erinnerte man sich heute mehr denn je, und die Ueberzeugung war allgemein, daß zunächst eine Erhöhung der Tabakbauer in Aussicht genommen ist, um die Interessenten vom Neuem zu beunruhigen und, wie das Volk sagt, mürbe zu machen. Denn diese Erhöhung wird allgemein nur als Etappe zum Monopol aufgefaßt. — Die Wahl der drei Präsidenten verlief in der gemeldeten Weise. Die Herren v. Köller, v. Heeremann, v. Benda sind bei allen Parteien gleich beliebt, und wenn bei der Wahl des Herrn v. Heeremann von Seiten der Liberalen weiße Zettel abgegeben wurden, so sollte damit in keiner Weise einem Bedenken gegen die Person Ausdruck gegeben, vielmehr nur der Parteistandpunct markirt werden. Alle drei Präsidenten sind übrigens Rittergutsbesitzer, und Herr von Köller, 1823 geboren, Landrath a. D., Baron von Heeremann, 1832 geboren, Regierungsrath a. D. und Herr v. Benda 1816 geboren, Regierungsassessor a. D. — In der morgigen Sitzung wird der Etat eingebracht werden und Herr Scholz zum ersten Male in seiner Stellung als Finanzminister vor dem Abgeordnetenhause erscheinen. — Das Gerücht von einer Vertagung der Arbeiten, welches zunächst von der „Germania“ gebracht und dann von anderen Blättern weiter verbreitet wurde, ist völlig unbegründet. Die Vorlagen sind durchaus so weit vorbereitet, um dem Landtage zugehen, und in den Kreisen der Regierung hat dieses sonderbare Gerücht nur Verwunderung erregt.“

* Für Freitag Abend hat die Fortschrittspartei eine Sitzung anberaumt, in welcher die Differenzen Hänel-Richter zur Sprache kommen sollen. Herr Eugen Richter war zwar dagegen, daß dieses Thema zur Debatte gestellt wird, indessen stellte Herr Hänel das dringende Verlangen und drohte mit seinem sofortigen Austritt aus der Partei, da er es der Aufrechterhaltung seiner Autorität in Schleswig-Holstein schuldig zu sein glaubt, daß sein Verhalten durch die Partei als richtig anerkannt und Herr Eugen Richter als im Unrecht dargestellt wird. Die Fortschrittler fürchten eine ernste Auseinandersetzung, ja sogar, daß Herr Hänel mit allen Schleswig-Holsteinern aus der Fortschrittspartei ausscheidet.

* Nachdem der auch in Hagen gewählte Abgeordnete Eugen Richter die im IV. Berliner Landtags-Wahlkreise auf ihn gefallene Wahl zum Abgeordneten abgelehnt hat, ist jetzt die Nachwahl im IV. Berliner Wahlkreise auf den 4. December festgesetzt worden. In den Urwahlbezirken, wo inzwischen durch Tod, Wegziehen aus dem Bezirk oder auf sonstige Weise Wahlmänner ausgeschieden sind, findet die Neuwahl der Wahlmänner am 27. November statt.

* Die Parteicorrespondenz der Conservativen ist nunmehr eingegangen. Bekanntlich war Herr de Grahl an die Spitze derselben gestellt worden, welchem verschiedene Dinge nachgesagt werden, die ihn auch in den Augen der Conservativen unmöglich gemacht haben. Als nach Schluß der Parlaments-Saison die Correspondenz nicht mehr erschien, behaupteten die conservativen Blätter, besonders das „Deutsche Tageblatt“, daß mit der Eröffnung des Abgeordnetenhauses sie auch wieder herausgegeben würde, und bestritten energisch, daß die Conservativen das Forterscheinen derselben nicht mehr wünschten. Man sieht, daß diese Blätter wieder einmal das Gegentheil der Wahrheit behauptet haben. Herr de Grahl hat seine Dienste nunmehr vergeblich dem literarischen Bureau und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ angeboten. Schließlich ist er in der neuesten Zeit Vertrauensmann des Berliner C. C. C. geworden, und von ihm ist der famose Vorschlag ausgegangen, in Berlin die conservative Partei Nationalpartei zu benennen. Uebrigens will Herr Stöcker nächstens eine größere Versammlung anberaumen, um diesen bereits gefaßten Beschluß wieder rückgängig zu machen.

* Die Zeitungsnachricht, daß der Abg. Dommes (Thorn-Kulm) aus der nationalliberalen Fraction auszutreten beabsichtige, hat sich nicht bestätigt. — Die nationalliberale Fraction hat sich in ihrer letzten Fractionsversammlung ausschließlich mit inneren Geschäfts- und Organisationsfragen beschäftigt.

* Das frühere badische Bundesrathsmitglied und ehemaliger Justizminister v. Freydorf ist am Mittwoch Abend in Karlsruhe am Herzschlag im 64. Lebensjahre gestorben. Als badischer Minister des Auswärtigen verhandelte er im August 1866 den Friedens- und Bündnißvertrag mit Preußen und hat sich seitdem stets, besonders im Jahre 1870 bei Gründung des deutschen Reiches als ein treuer Anhänger der nationalen Sache gezeigt. In Berlin, wo der jetzt Verewigte eine Reihe von Jahren hindurch als Bevollmächtigter zum Bundesrath zeitweilig Aufenthalt nehmen mußte, war er besonders auch in den Kreisen der Reichstagsabgeordneten eine allgemein beliebte Persönlichkeit. Am 24. September 1876 schied er mit Jolly aus dem badischen Ministerium und lebte seitdem im Ruhestande.

* * *

* Ueber den „naturgemäßen“ Rückgang des Deutschthums in Oesterreich und das Aufgehen dieses altdeutschen Staates in einen neuslavischen finden wir einen merkwürdigen Fingerzeig in einem Wiener Blatte, das in Deutschland nur wenig bekannt sein dürfte, aber in Wien notorisch slavisch-officiöse Beziehungen unterhält, die ja gegenwärtig einen großen Theil der österreichischen Presse beeinflussen. Das genannte Blatt, welches in französischer Sprache unter dem Titel „Le Messager de Vienne“ erscheint, spricht nämlich von der großen Aufgabe, welche Oesterreich-Ungarn an der unteren Donau und auf der Balkanhalbinsel zur politischen Erziehung der slavischen Völker zu erfüllen hätte. Im Hinblick auf diese unleugbare Mission Oesterreichs, heißt es weiter, hat dasselbe auf seine alte deutsche Tradition und Stellung verzichtet und steht im Begriffe, sich in einen südslavischen Staat zu verwandeln! — Zu dieser nationalen Verwandlung wird Oesterreich-Ungarn auch durch seine Handelsinteressen bestimmt, die jenseits des Balkans liegen, wo am Ufer des Aegeischen Meeres der neue österreichisch-südslavische Staat sich einen Welthafen sichern muß. — Die serbischen und bulgarischen Journale, welche gleichfalls diese ebenfalls sonderbaren Fingerzeige des „Messager de Vienne“ bringen, machen sich darüber selbstverständlich nicht wenig lustig.

* Die Ernennung Peter Carps zum rumänischen Gesandten in Wien wird allgemein dahin ausgelegt, daß Rumänien in der Donaufrage dem deutsch-österreichischen Standpuncte Rechnung zu tragen gewillt ist. Der jetzige Gesandte war es, der seiner Zeit den vielbesprochenen Passus in der rumänischen Thronrede aufs Heftigste in der Kammer angegriffen und für eine entgegenkommende Haltung gegenüber Oesterreich-Ungarn eingetreten ist.

* Wie das „Deutsche Tagebl.“ wissen will, gedenkt die russische Regierung alle ihre Gesandtschaften in Deutschland, mit Ausnahme der in Stuttgart, aufzuheben. Das nämliche berichtet die „Republ. franç.“, welche „einen neuen Triumph des Herrn v. Bismarck“, der mit dem Rücktritt des Fürsten Gortschakoff zusammenhänge, verzeichnen zu müssen glaubt. Trotz dieser Uebereinstimmung der Nachrichten bleibt die Bestätigung abzuwarten, obgleich ähnliche Meldungen schon früher wiederholt von Rußland aus in Umlauf gekommen sind, und zwar unter der Motivirung durch Ersparniß-Rücksichten. Es wäre immerhin für diejenigen kleinen deutschen Regierungen, welche sich bisher zum Verzicht auf ihre besonderen Gesandtschaften im Auslande, speciell in Rußland, nicht entschließen konnten, eine seltsame Situation, wenn die Initiative von russischer Seite einmal ergriffen und die betreffenden deutschen Regierungen dadurch zur Nachfolge gezwungen würden. Würdiger wäre es im Hinblick auf eine solche Eventualität jedenfalls, wenn man deutscherseits auf eine inhaltlos gewordene Einrichtung bei Zeiten verzichtete.

* Fürst Alexander von Bulgarien hat ein Decret erlassen, demzufolge die Wahlen für die National-Versammlung in Sistow am 21. und 28. November stattfinden haben. Am 21. findet die Wahl der Wähler und am 28. die der Abgeordneten zur National-Versammlung statt. Wie man aus Sofia und Rustschuk meldet, ist die Wahlbewegung in ganz Bulgarien bereits im vollen Gange.

* Aus Sofia wird gemeldet, daß dort der Kawaß des österreichischen Geschäftsträgers verhaftet worden sei, weil er in betrunkenem Zustande das Publicum durch ungehörige Redensarten belästigte. Als die bulgarischen Gendarmen zur Verhaftung des Mannes schreiten wollten, zog dieser einen Revolver und drohte auf die Gendarmen zu schießen. Der betrunkene Kawaß ward indeß überwältigt und dingfest gemacht. — Wie die bulgarischen Blätter versichern, entbehre der ganze Vorfall jeder politischen Bedeutung, die aber gewisse Correspondenten unschwer erfinden könnten.

* Die Behörden des schweizer Cantons Genf wollen absolut nicht zugeben, daß innerhalb ihres Jurisdictionsbezirks das Hauptquartier jener internationalen Verschwörersecte zu suchen sei, welche den politischen, religiösen und gesellschaftlichen Umsturz auf ihre Fahne geschrieben hat und mit allen Mitteln herbeizuführen bestrebt ist. Im Besonderen sollen die Unruhen von Monceau-les-Mines nicht von Genf aus in Scene gesetzt worden sein. An dem thatsächlichen Stande der Dinge wird durch dergleichen Erklärungen nichts geändert. Ob die revolutionaire Propaganda, wie von dem Genfer Staatsrath behauptet wird, auch in Frankreich und England ständige Organisationen unterhält, ist eine Sache für sich. De facto gewähren die Gesetze der Eidgenossenschaft den Umtrieben der socialistisch-anarchistisch-nihilistischen Schule einen weit größeren Spielraum, als der Ruhe und Ordnung des übrigen Europa zuträglich erscheint, und der Bundesregierung kann es auf die Dauer auch eben nicht behagen, wenn die öffentliche Meinung außerhalb der Schweizer Grenze, so oft sie sich durch Symptome der subversiven Agitation beunruhigt fühlt, voll Mißtrauens ihren Blick auf die Alpenrepublik wendet.

* Ueber die Verbindung der russischen Nihilisten mit den französischen Anarchisten gehen uns von bester Seite aus Paris Mittheilungen zu, welche erkennen lassen, daß Rußland darauf Gewicht legen muß, daß die französische Regierung gegen die dort lebenden nihilistischen Agitatoren einschreite.

Daß sich in erster Linie, wenn es sich um internationale Verschwörer handelt, das Augenmerk zunächst auf die Schweiz richtet, ist bekannt, ebenso wie die Thatsache, daß seitens der Schweizer Behörden in Abrede gestellt wird, daß auf ihrem Gebiete Verschwörungen stattfinden. Man muß die Geschichte der rothen Internationalen kennen, um in dem concreten, jetzt gerade zur Discussion stehenden Falle, welcher, wie wir von vornherein bemerken wollen, durch die neuesten Vorgänge in Frankreich thatsächlich eine russisch-französische Angelegenheit geworden ist, herauszufinden, in wie weit z. B. Genf im Rechte ist, wenn es bestreitet, daß die anarchistische Bewegung in Frankreich von diesem Canton aus geleitet wird.

Als die Internationale gegründet wurde, stand Genf 1867 schon mit 21 Sectionen an der Spitze der Bewegung. Johann Philipp Becker errichtete die deutsche Section, welche in vielen Orten der Schweiz, wo Deutsche lebten, Nachahmung fand. Auf dem Congreß zu Genf am 2. und 3. Januar 1869 entstand die Fédération de la Suisse romane, später Fédération Jurassienne, als besonderer Zweig, welchem sich namentlich aus dem benachbarten Frankreich zahlreiche Elemente anschlossen, so daß bereits im Jahre 1870 nicht weniger als 55 romanische Sectionen, darunter auch eine Damensection, in Genf bestanden. In demselben Jahre fand in Genf der zweite Congreß der Internationalen statt, auf welchem die romanische Föderation sich spaltete und Genf mit 30 Sectionen zurückblieb. Diesem Theile schloß sich Bakunin mit der russischen Section an und hatte in Kurzem die Leitung in Händen. Trotzdem sein Freund und Schüler, der jetzt ganz seinen Studien in Paris obliegende Professor Guillaume, nach dem Tode Bakunin's die Leitung übernahm, kam die jurassische Föderation, wie sie sich jetzt nannte, immer mehr in Verfall. Die im Laufe der Jahre zersprengte Gefolgschaft Bakunin's bildet jetzt das Gros der Anarchisten.

Alles weist darauf hin, daß es Kropotkin gelungen ist, die zersprengten Elemente zu sammeln, als er das Erbe Bakunin's antrat. Die Principien, welche er in seiner „Révolte“ predigt, finden im französischen Jura und im Süden Frankreichs Anklang. Auf seine Veranlassung bildeten sich in jüngster Zeit behufs nach dem Vorbilde der Fédération Jurassienne revolutionaire Gruppen, so die Fédération revolutionaire de Lyon und die Fédération Stephanoise; die Anarchisten der erst genannten sind bereits so stark, daß sie stets die gemäßigter Arbeiterpartei befiegen; diese Föderation hat auch eine Section von Handlungscommis und eine von Privatbeamten.

Sie verfügt in allen Bezirken und Vororten über Gruppen, deren Delegirte allwöchentlich zusammenkommen und die Bewegung, welche von dieser Föderation ausgeht, erstreckt sich bis Bordeaux, Montrieux, Narbonne, Marseille, Vienne u. s. w. Die Fédération Stephanoise hat ihr Centrum in St. Etienne, wo bisher der politische Hauptleidsmann Clemenceau's allein dominirte. Ihre Statuten stellen den Atheismus an die Spitze des anarchistischen Glaubensbekenntnisses, leiten darauf die Gemeinschaftlichkeit alles Besitzes ab und bejahen sich ausdrücklich auf die in Genf beschlossenen Grundsätze.

Wir müssen es uns angesichts des Socialistengesetzes versagen, hier auf dieselben näher einzugehen; nur soviel noch über die Organisation: